

Forschungs-SE: Amerikanisierung der Welt: Vorbild und Feindbild?

Dr. Eva Kreisky

WS 2004/2005

American Way of Life

Freiheit vs. Sicherheit

Petra Jahn

0247138

A 300

24.02.2005

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
1.1 American Way of Life.....	3
2. Der Begriff der Freiheit.....	3
2.1 Der Freiheitsbegriff bei Immanuel Kant.....	5
2.2 Idealismus.....	7
3. 9/11 und die Veränderungen in der Sicherheitspolitik.....	7
3.1 vor 9/11.....	7
3.2 Homeland Security.....	8
3.3 USA Patriot Act.....	10
3.4 Reform der Nachrichten- und Geheimdienste.....	10
3.5 Thomas Hobbes und der Realismus.....	11
4. Freiheit vs. Sicherheit.....	13
4.1 Das Sicherheitsdilemma nach John Herz.....	13
4.2 Das Sicherheitsdilemma innerhalb des Staates.....	14
4.3 Freiheit vs. Sicherheit in den USA.....	14
5. Amerikanisierung der Welt: Vorbild oder Feindbild?.....	16
6. Literaturverzeichnis.....	18

## 1. Einleitung

### 1.1 American Way of Life

„Unter American Way of Life wird ein Lebenskonzept und ein Menschenbild verstanden, das von dem Grundsatz ausgeht, dass jedes Individuum jedes gesellschaftliche Ziel erreichen kann, wenn Wille und Arbeitskraft ausreichend sind.“<sup>1</sup> Als Beispiel wird oft der Aufstieg vom Tellerwäscher zum Millionär verwendet, der vor allem für Immigranten als Ansporn galt, um hart zu arbeiten, damit sie den Aufstieg aus der Unterschicht in die höchsten gesellschaftlichen Kreise schaffen.

Der American Way of Life bezeichnet auch stereotyp die Mentalität der US-amerikanischen Bevölkerung. Sie sehen sich selbst als Tolerant gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden und sind bestrebt durch ihre weitgehend optimistische Grundhaltung ihre Ideen und Vorstellungen mithilfe der so genannte „soft power“ auf andere Gesellschaften zu übertragen.

Von Kritikern wird American Way of Life oft ironisch verwendet, um verschwenderische Lebensweise, Kapitalismus und Großmachtvisionen zu kritisieren. Hinter dem Begriff ist verbirgt sich allerdings noch mehr: größtmögliche Freiheit für jeden, Streben nach Reichtum und Glück und das Recht auf Chancengleichheit zu dessen Erreichung. Dieses Recht wurde sogar in der Verfassung der USA verankert.<sup>2</sup>

## 2. Der Begriff der Freiheit

Der Begriff Freiheit impliziert etwas Absolutes und muss, um besser erfasst werden zu können in verschiedene Kategorien eingeteilt werden. Freiheit kann bedeuten, alles tun zu können, was man möchte, ohne auf andere Rücksicht nehmen zu müssen oder sogar ohne die Konsequenzen für sein Handeln tragen zu müssen. Wenn man Freiheit auf diese Art und Weise definiert, wird man sicherlich oft damit konfrontiert werden, sich rücksichtslos der Gesellschaft gegenüber zu verhalten, weil in unserer Gesellschaft die weitläufige Ansicht

---

<sup>1</sup> Wikipedia. Die freie Enzyklopädie. [http://de.wikipedia.org/wiki/American\\_way\\_of\\_life](http://de.wikipedia.org/wiki/American_way_of_life). Letzter Zugriff am 07.02.2005

<sup>2</sup> Vgl. Wikipedia. Die freie Enzyklopädie. [http://de.wikipedia.org/wiki/American\\_way\\_of\\_life](http://de.wikipedia.org/wiki/American_way_of_life). Letzter Zugriff am 07.02.2005

existiert, dass jeder ein gewisses Rollenbild zu erfüllen hat, somit Verantwortung anderen gegenüber hat und daher sowohl Rechte, aber vor allem auch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft hat, denen er nachkommen muss.

Freiheit kann aber ebenfalls bedeuten, dass man eigenständig Entscheidungen treffen kann und dabei die Konsequenzen für sein Handeln trägt. Das ist eine Freiheitsdefinition, bei der die eigene Verantwortung nicht gänzlich außer Acht gelassen wird, sondern wo der Einzelne die Freiheit hat zu wählen und für seine Entscheidungen ein zustehen.

Freiheit kann aber auch als individuelle Freiheit insofern gesehen werden, dass man nicht für seine Entscheidungen, zum Beispiel für eine Religion oder politische Richtung, verfolgt und verurteilt wird. Freiheit heißt in diesem Sinn Entscheidungen treffen zu können, ohne dafür quasi bestraft zu werden.

Nach der Französischen Revolution wurde der Begriff der Freiheit zur Legitimation jeder Herrschaft. Im 20. Jahrhundert wurde die Vorstellung des Begriffes auch zum uneingeschränkten Menschenrecht für jedes Individuum und wurde im Völkerrecht, in Menschenrechtserklärungen und in den meisten Verfassungen verankert.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen wird, zum Beispiel, in Artikel 1 auf die Rechte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen eingegangen. Weiters bezieht sich Artikel 4 auf das Recht jedes Menschen auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person. Artikel 12 befasst sich mit der Freiheitssphäre des einzelnen:

„Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, sein Heim oder seinen Briefwechsel noch Angriffen auf seine Ehre und seinen Beruf ausgesetzt werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen derartige Eingriffe oder Anschläge.“<sup>3</sup>

Artikel 5 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten beinhaltet, dass jeder Mensch das Recht auf Freiheit und Sicherheit hat und bestimmt gleichzeitig die Fälle, in denen die Freiheit auf gesetzliche Weise entzogen werden darf, wie nach Verurteilung durch ein zuständiges Gericht, wegen Nichtbefolgung einer gesetzlichen oder gerichtlichen Anordnung, um einem Gericht vorgeführt zu werden, bei Minderjährigen, um deren Erziehung zu gewährleisten, um die Verbreitung von Krankheiten

---

<sup>3</sup> Ranzelzhofer, Albrecht Dr. (Hg.) (2004): Völkerrechtliche Verträge. München, dtv. S.171

zu verhindern oder um bei Ausweisungs- und Auslieferungsverfahren die Einreise zu verhindern.<sup>4</sup>

Im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen ist in Artikel 17 festgeschrieben:

„Niemand darf willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jedermann hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.“<sup>5</sup>

## 2.1 Der Freiheitsbegriff bei Immanuel Kant

Immanuel Kant (1724-1804) widmete sich dem Studium der Naturwissenschaften, der Mathematik, der klassisch - lateinischen Literatur, der Theologie und der Philosophie an der Königsberger Universität. Er veröffentlichte mehrere Arbeiten, darunter die 'Träume eines Geistersehers erläutert durch Träume der Metaphysik' (1766) und mehrere naturwissenschaftliche Arbeiten. 1781 kommt es zur ersten Auflage seines Werkes 'Kritik der reinen Vernunft', welches 1787 in zweiter Auflage verändert erneut erscheint. 1788 veröffentlicht Kant sein zweites Hauptwerk, die 'Kritik der praktischen Vernunft' und 1790 die 'Kritik der Urteilskraft'.

Kant beschäftigt sich in seinem Werk „Kritik der praktischen Vernunft“ mit den Grundlagen einer Moral, die auf Theorien aufgebaut sind, die Kant in seinem früheren Werk, „Kritik der reinen Vernunft“, dargestellt hat.

Der Begriff der praktischen Vernunft bedeutet für ihn, das Vermögen zu Wollen, der freie Wille. Kant unterscheidet die empirisch bedingte Vernunft, die durch Objekte des Begehrungsvermögens bestimmt wird, von der reinen Vernunft, die unabhängig ist von jeder Erfahrung.

Der reine Wille ist, laut Kant, von allen Interessen und Neigungen unabhängig und kann durch die eigene Gesetzgebung der Vernunft bestimmt werden. Diese Gesetze, die den Willen oder die praktische Vernunft leiten, müssen frei von Objekten des Begehrens sein, denn ansonsten sind sie von Sinnen abgeleitete und somit keine reinen Gesetze.

---

<sup>4</sup> Vgl. Randelzhofer (2004). S.179f.

<sup>5</sup> Randelzhofer (2004). S.239

Kant formulierte den so genannten kategorischen Imperativ, das Grundgesetz der praktischen Vernunft: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“<sup>6</sup> Damit ein Mensch aber dem kategorischen Imperativ folgen kann, muss ein Wille autonom, sich selbst gesetzgebend und daher frei sein. Er darf somit nicht durch sinnliche Triebe, also durch Objekte des Begehrungsvermögens bestimmt sein:

„Die *Autonomie* des Willens ist das alleinige Prinzip aller moralischen Gesetze und der ihnen gemäßen Pflichten. [...] In der Unabhängigkeit nämlich von aller Materie des Gesetzes (nämlich einem begehrten Objekte) und zugleich doch Bestimmung der Willkür durch die bloße allgemeine gesetzgebende Form, deren eine Maxime fähig sein muß [!], besteht das alleinige Prinzip der Sittlichkeit. Jene *Unabhängigkeit* aber ist Freiheit im *negativen*, diese *eigene Gesetzgebung* aber der reinen, und als solche, praktischen Vernunft, ist Freiheit im *positiven* Verstande. Also drückt das moralische Gesetz nichts anders aus, als die *Autonomie* der reinen praktischen Vernunft, d.i. der Freiheit, und diese ist selbst die formale Bedingung aller Maximen, unter der sie allein mit dem obersten praktischen Gesetze zusammenstimmen können.“<sup>7</sup>

Wenn der Wille durch Objekte oder Begierde geleitet wird, wird der Wille von einer Laune bestimmt. Die durch einen solchen Grundsatz entstandene Handlung ist der Gegensatz zur praktischen Vernunft, denn sie ist durch ein Objekt der empirischen Natur geleitet. Der kategorische Imperativ leitet sich jedoch in Bezug auf die reine Vernunft ab, die unabhängig von Erfahrungen und unbeeinflusst von Begierde sein soll.

Der Freiheitsbegriff spielt bei Kant schon in der reinen Vernunft eine Rolle. Er versteht darunter aber nicht die gesetzlose Freiheit oder Willkür, sondern die Freiheit zur Selbstbestimmung und die Freiheit zur bewussten Befolgung eines Gesetzes, das sich die Vernunft selbst gegeben hat. Demnach bedeutet Freiheit bei Kant Freiheit zu Vernunft.<sup>8</sup>

In seinem Werk „Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“ fordert Kant die Freiheit und Selbstbestimmung der BürgerInnen darüber, „[...] ob Krieg sein solle, oder nicht.“<sup>9</sup> Weiters soll die bürgerliche Verfassung in jedem Staat, seiner Meinung nach, republikanisch sein und auf den Prinzipien der Freiheit der Menschen, nach den Grundsätzen einer einzigen, gemeinsamen Gesetzgebung und nach dem Prinzip der Gleichheit der

---

<sup>6</sup> Kant, Immanuel (1788): Kritik der praktischen Vernunft. §7: Grundgesetz der praktischen Vernunft. <http://gutenberg.spiegel.de/kant/kritikpr/krt21001.htm> letzter Zugriff am 12.01.05

<sup>7</sup> Kant (1788): §8: Lehrsatz IV

<sup>8</sup> Vgl. Studio für alte deutsche Literatur. Aufklärung – Autoren – Immanuel Kant <http://www.ni.schule.de/~pohl/literatur/sadl/aufklaer/kant.htm> letzter Zugriff am 12.01.05

<sup>9</sup> Kant, Immanuel (1795): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Königsberg, Friedrich Nicolovius.

StaatsbürgerInnen vor dem Gesetz aufgebaut sein. Freiheit soll dabei nach Kant nicht so definiert werden: „alles zu thun [!] was man will, wenn man nur Keinem Unrecht thut [!]“.“<sup>10</sup>, sondern Freiheit soll die Befugnis sein, nur den Gesetzen zu gehorchen, zu denen man seine Bestimmung geben konnte.<sup>11</sup>

## 2.2 Idealismus

Der Idealismus geht davon aus, dass der Mensch gut bzw. vernunftbegabt ist und damit rationalen Argumenten zugänglich und daher lernfähig ist. „Langfristig muss demnach die Durchsetzung des Vernunftprinzips zu einer besseren Welt führen, in der alle Konflikte und Interessengegensätze auf kooperative Weise durch Kompromiß [!] und Ausgleich lösbar sind.“<sup>12</sup> Macht, Ausbeutung, Gewalt, Ungleichheit, Krieg und Rüstung bezeichnet er als negativ, Werte, wie Frieden, Gleichheit, Solidarität, Abrüstung und Freiheit als positiv. Aufgrund der Auffassung, der Mensch sei von natur aus gut, vernunftbegabt und lernfähig, geht der Idealismus davon aus, dass der Mensch durch Erziehung und Aufklärung positiv zu beeinflussen ist und sich somit auf lange Sicht das Vernünftige, gleichbedeutend mit dem Guten durchsetzen. Daraus lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass demokratische, freie Gesellschaften die Garantie für eine friedliche Welt sein müssen.

## 3. 9/11 und die Veränderungen in der US-amerikanischen Sicherheitspolitik

### 3.1 vor 9/11

Schon Ende 1998 beschlossen die Anführer von al Qaeda die Idee einer so genannten „planes operation“ durchzuführen. Im Herbst darauf begann das Training um diesen Plan zu verwirklichen und Mohamed Atta wurde zum „tactical commander“ in den USA gewählt. Die Geheimdienste der USA erhielten laufend Informationen über geheime Pläne darüber, dass

---

<sup>10</sup> Kant (1795): S.20

<sup>11</sup> Vgl. Kant (1795): S.21

<sup>12</sup> Menzel, Ulrich (2001): Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Frankfurt, suhrkamp. S.21

Osama Bin Laden und das Terrornetzwerk al Qaeda Anschläge planen würden. Daraufhin gelang es dem CIA in Kooperation mit ausländischen Geheimdiensten ein paar Anführer von al Qaeda zu verhaften, der Kern des Unternehmens blieb jedoch bestehen.

Im Jänner 2000 verfolgten die US-amerikanischen Geheimdienste die Spur zweier Mitarbeiter der „planes operation“, verloren ihre Spur jedoch bald darauf wieder. Am 15. Januar 2000 trafen diese in Los Angeles ein und lebten in San Diego für einige Zeit unter ihren echten Namen. Im Sommer darauf kamen drei weitere Mitgliedern der Hamburger al Qaeda an der Ostküste an und begannen ihr Pilotentraining. Ein Vierter folgte ihnen zu Beginn des Jahres 2001 nach Arizona und führte dort seine Pilotenausbildung durch. „During the spring and summer of 2001, the U.S. intelligence agencies received a stream of warnings that al Qaeda planned, as one report put it, ‘something very, very, very big.’ Director of Central Intelligence George Tenet told us, ‘The system was blinking red.’”<sup>13</sup>

Auch Richard A. Clarke, der schon unter Präsident Bill Clinton für die Terrorismusabwehr verantwortlich war, versuchte mit allen Mitteln, die Bush-Administration darauf aufmerksam zu machen, dass al Qaeda höchst wahrscheinlich Anschläge auf US-amerikanischem Gebiet plante. Diese Warnungen wurden jedoch weitgehend ignoriert.<sup>14</sup>

Die Vorbereitungen für die “planes operation” schritten voran, obwohl auch al Qaeda Probleme hatte, zum Beispiel dadurch, dass einige Mitglieder ausstiegen oder kein Visum in den USA bekamen, was aber die Behörden nicht insofern alarmierte, darauf zu reagieren.

## 3.2 Homeland Security

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 mussten neue Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, um die Sicherheit des Landes gewährleisten zu können. Eine neue Abteilung für Homeland Security mit 180.000 MitarbeiterInnen wurde gegründet, um die USA vor neuerlichen Terroranschlägen zu schützen. Präsident Bush verdreifachte die Ausgaben für diese Abteilung und entwickelte eine „National Strategy for Homeland Security focused on six key areas: intelligence and warning; border and transportation security;

---

<sup>13</sup> The 9/11 Commission Report including Executive Summary. Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks upon the United States. (2004) Baton Rouge, LA, Claitor’s Publishing Division. S.6

<sup>14</sup> Vgl. Clarke, Richard A. (2004): Against All Enemies. Inside America’s War on Terror. New York, Free Press. S.236



domestic counterterrorism; protecting critical infrastructure; defending against catastrophic threats; and emergency preparedness and response.”<sup>15</sup>

Die Abteilung für Homeland Security ist unter anderem auch dafür zuständig, neue Strategien zu entwickeln, um terroristische Anschläge in Zukunft verhindern zu können. Daher beschäftigen sie sich mit folgenden Themen:

- Einschränkung der Mobilität von Terroristen und ihren finanziellen Quellen

Nicht nur das Einfrieren der Geldquellen terroristischer Organisationen, sondern auch das Erschweren ihrer Reisemöglichkeiten ist eine gute Möglichkeit um Anschläge zu verhindern.

- Erweiterung der Sicherheitskontrollen an den Landesgrenzen, sowie auf Flughäfen, Verschärfung der Einreisebestimmungen und Standardisierung von offiziellen Dokumenten

Durch die Standardisierung von offiziellen Dokumenten, wie zum Beispiel Geburtsurkunden, innerhalb der USA soll es schwieriger machen, Dokumente zu fälschen. Dadurch ist eher gewährleistet, dass Personen auch die sind, für die sie sich ausgeben, was es vereinfacht herauszufinden, ob diese mit terroristischen Organisationen in Verbindung gebracht werden können.

- Verbesserung der Screening Systems

Die Screening Systems müssen insofern besser und verstärkt eingesetzt werden, als dass sie Daten verdächtiger Personen gespeichert haben und schneller analysieren können, um mögliche Terroristen schon bei der Einreise bzw. beim Einchecken am Flughafen erkennen und somit stoppen zu können.

- Erneuerung der Prioritätensetzung für Maßnahmen der nationalen Sicherheit

Aufgrund dessen, dass nicht alle Städte innerhalb der USA gleichermaßen vor Anschlägen gefährdet sind, müssen neue Prioritäten gesetzt werden. So sind vor allem in New York City und Washington D.C. andere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, als in kleineren, ländlichen Gegenden.<sup>16</sup>

Um diese Ziele zu erreichen, mussten auch die Möglichkeiten der Abteilungen für die Gewährleistung der Sicherheit erweitert werden. Aus diesem Grund unterzeichnete Präsident George W. Bush am 26. Oktober 2001 ein neues Gesetz, den USA Patriot Act.

---

<sup>15</sup> The White House: Improving Homeland Security. <http://www.whitehouse.gov/homeland>. letzter Zugriff am 26.10.2004

<sup>16</sup> Vgl. Commission Report (2004): S.383ff.

### 3.3 Der USA Patriot Act

Obwohl der USA Patriot Act - Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act - sowohl vom Senat, als auch vom Kongress mit großer Mehrheit angenommen wurde, ist er in den USA sehr umstritten und zog große Veränderungen in vielen Gesetzen, wie dem Electronic Communications Privacy Act, dem Computer Fraud and Abuse Act, dem Foreign Intelligence Surveillance Act, dem Family Education Rights and Privacy Act, dem Pen Register and Trap and Trace Statute, dem Immigration and Nationality Act, und dem Bank Secrecy Act, mit sich.<sup>17</sup>

Die Idee des Patriot Act bestand schon vor den Anschlägen des 11. September 2001, erhielt aber durch diese oberste Priorität und konnte somit viel schneller und mit weniger Widerstand beschlossen werden, obwohl einige der Paragraphen noch kurze Zeit davor Anlass für Kritik waren.

### 3.4 Reform der Nachrichten- und Geheimdienste

Der USA Patriot Act hat nicht nur die Kompetenzen der Geheimdienste erweitert, sondern auch deren Aufgabenbereich. So hat zum Beispiel das FBI ein eigenes Trainingsprogramm eingerichtet, das Agenten trainieren soll, um mit den neuen Möglichkeiten im Rahmen des Patriot Act vertraut zu werden. So lernen Agenten zum Beispiel, welche Informationen von Bedeutung sind und wie die vergrößerte Flut an Informationen schneller bearbeitet werden kann, um dorthin zu kommen, wo sie gebraucht wird.<sup>18</sup>

Die Kompetenzen der US-amerikanischen Geheimdienste wurden durch den USA Patriot Act entscheidend erweitert. So haben die Regierung und die Geheimdienste bessere Möglichkeiten an private Informationen heranzukommen, solange diese versichern, dass es sich um relevante Daten für die Terrorbekämpfung handelt.

Section 215: "Access to record and other items under the Foreign Intelligence Surveillance Act" des Patriot Act ist einer der umstrittensten Paragraphen des Gesetzes und dient als gutes Beispiel um die erweiterten Kompetenzen der Nachrichtendienste zu verdeutlichen. Er

---

<sup>17</sup> Vgl. Electronic Privacy Information Center: The USA Patriot Act.  
<http://www.epic.org/privacy/terrorism/usapatriot/> letzter Zugriff am 05.11.2004

<sup>18</sup> Vgl. U.S. Department of Justice. Federal Bureau of Investigation: Report to the National Commission on Terrorist Attacks upon the United States: The FBI's Counterterrorism Program. Since September 2001. S.39

erweitert die Macht des FBI an Informationen und Daten von Leuten heranzukommen, auch wenn sie nicht verdächtigt werden, kriminelle Handlungen begangen zu haben.<sup>19</sup> Laut diesem Paragraphen hat das FBI das Recht, sowohl geschäftliche Informationen, als auch medizinische Befunde, oder andere persönliche Informationen einzusehen.

Ein weiteres Beispiel für die Veränderung von Gesetzen durch den Patriot Act ist die erweiterte Befähigung der Sicherheitsdienste, Anrufe von Privatpersonen zu verfolgen und abzuhören, festgeschrieben in Section 216: „Modification of authorities relating to use of pen registers and trap and trace devices“<sup>20</sup>. Zuvor durften nur die gewählten Telefonnummern zurückverfolgt werden. „The new legislation redefined a pen register as ‘a device or process which records or decodes dialing, routing, addressing, or signaling information transmitted by an instrument or facility from which a wire or electronic communication is transmitted’“<sup>21</sup>

Die Erneuerung des Cable und des Electronic Act ist ein weiteres Beispiel für die Reform der Nachrichtendienste. Zuvor durften nur Kundendaten an die Geheimdienste weitergegeben werden. Durch die Veränderungen der Gesetze aufgrund des USA Patriot Act müssen jetzt auch Informationen, wie die vom Kabel- oder Internetbezieher aufgerufenen Websites bzw. Kabelkanäle, die Häufigkeit, Uhrzeit und Dauer der geschauten Programme, bzw. Internetseiten und vor allem die Zahlungsquelle angegeben werden.<sup>22</sup>

### 3.5 Thomas Hobbes und der Realismus

Der politischen Philosophie von Thomas Hobbes wird heutzutage kaum noch Bedeutung zugemessen. Dennoch lässt sich gerade im 21. Jahrhundert ein hohes Maß an Aktualität dieser Philosophie erkennen.

Hobbes stellt in seinem Leviathan den Menschen im Naturzustand dar, wobei er aufzeigt, dass dieser zwar vernunftbegabt, aber durch das Fehlen einer Kontrollinstanz nur von seinen Trieben gesteuert wird. Dabei ist jeder Mensch gleich, muss aber auch jeden Menschen gleichermaßen fürchten. Das führt dazu, dass sich die Menschen immer wieder gegenseitig bekämpfen. Dadurch fehlen viele Annehmlichkeiten, weil diese nur in Sicherheit gedeihen können: „Da findet sich kein Fleiß, weil kein Vorteil davon zu erwarten ist; es gibt keinen

---

<sup>19</sup> Vgl. <http://slate.msn.com/id/2087984> letzter Zugriff am 26.10.2004

<sup>20</sup> The USA Patriot Act

<sup>21</sup> Electronic Privacy Information Center: The USA Patriot Act.

<sup>22</sup> Vgl. Electronic Privacy Information Center: The USA Patriot Act.

Ackerbau, keine Schifffahrt, keine bequemen Wohnungen, keine Werkzeuge höherer Art, keine Länderkenntnis, keine Zeitrechnung, keine Künste, keine gesellschaftlichen Verbindungen; statt dessen ein tausendfaches Elend; Furcht, gemordet zu werden, stündliche Gefahr, ein einsames, kümmerliches, rohes und kurz dauerndes Leben.“<sup>23</sup> Durch ihre Vernunft erkennen die Menschen zwar, dass es sich lohnen würde miteinander in Frieden zu leben, aber aufgrund dessen, dass keine Kontrollinstanz, die garantieren würde, dass die Menschen vernünftig handeln, besteht, muss jeder fürchten vom anderen angegriffen zu werden. Als Lösung für dieses Dilemma nennt Hobbes die Errichtung eines Gemeinwesens durch einen Gesellschaftsvertrag. Die Menschen kommen darin überein, auf ihre Rechte zu verzichten und ermächtigen eine Person als Vertretung, um Entscheidungen zu treffen und durchzuführen. Dadurch wird der souveräne Staat gegründet, der verantwortlich für den Schutz der Sicherheit ist und die absolute Autorität besitzt, die gemeinsame Verteidigung zu sichern. Der Leviathan ist dabei ein riesiger Mensch geformt aus dem Zusammenschluss vieler Menschen zu einem Gemeinwesen.

Hobbes Theorie wurde oft kritisiert, weil sein Leviathan eine viel zu große Gefahr für das Leben, die Rechte und Freiheiten der einzelnen BürgerInnen darstelle. Ein demokratischer Staat sollte demnach verhindern, dass die BürgerInnen der Willkür der Regierung ausgeliefert sind.

Heute scheint Hobbes' Theorie dennoch wieder an Aktualität zu gewinnen. Durch die ständige Bedrohung durch terroristische Anschläge hat die nationale Sicherheit wieder an Bedeutung gewonnen und es scheint, als stünde sie nun über der individuellen Freiheit. Um ein höheres Maß an Sicherheit zu haben, erklären sich die BürgerInnen dazu bereit, einen Teil ihrer persönlichen Rechte und Freiheiten abzugeben und dem Staat bzw. Geheimdiensten Eingriff in ihre Privatsphäre zu genehmigen.

Eine weitere Theorie, die damit in Zusammenhang gebracht werden kann, ist der Realismus. Dieser geht davon aus, dass der Mensch nicht nur gut, sondern auch schlecht ist, nicht nur vernunftbegabt, sondern auch triebgesteuert und seiner Lernfähigkeit sind Grenzen gesetzt.<sup>24</sup> Der Staat wird im Realismus als geschlossenes Ganzes gesehen. Hans Hermann Herz formuliert eine Gegenposition zu den idealistischen Formulierungen Kants, indem er auf das entstehende Sicherheitsdilemma aufmerksam macht: „Gruppen oder Individuen, die in einer derartigen, eines Schutzes ‚von oben‘ [durch den Staat] entbehrenden Konstellation leben,

---

<sup>23</sup> Hobbes, Thomas (2000): Leviathan. Stuttgart. S.115f.

<sup>24</sup> Vgl. Menzel (2001). S.21f.

müssen um ihre Sicherheit vor Angriffen, Unterwerfung, Beherrschung oder Vernichtung durch andere Gruppen oder Individuen fürchten [...].<sup>25</sup>

Hier kann wiederum eine Verbindung zwischen der individuellen Freiheit und der Gewährleistung der Sicherheit gezogen werden. Demnach sind die BürgerInnen dazu bereit, einen Teil ihrer Freiheiten abzugeben, um dadurch in einer sichereren Gesellschaft leben zu können, und nicht permanent Angst vor etwaigen Bedrohungen haben zu müssen.

Dabei kann eine Verbindung zum USA Patriot Act deutlich werden. Die US-amerikanischen StaatsbürgerInnen erklären sich dazu bereit, der Regierung und den Geheimdiensten höhere Kompetenzen zukommen zu lassen, wodurch die individuelle Freiheit eingeschränkt wird, aber die Regierung dadurch ein höheres Maß an Sicherheit gewährleisten kann, weil sie terroristische Bedrohungen durch die größeren Möglichkeiten der Informationsgewinnung und -verarbeitung, vielleicht früher erkennen und damit Anschläge, wie die vom 11. September 2001 verhindern kann. Demnach steht Sicherheit wieder an höherer Stelle als die individuelle Freiheit, der im 20. Jahrhundert noch größerer Bedeutung zukam, was vor allem auf die grausamen Erfahrungen mit Diktaturen zurückzuführen ist.

## 4. Freiheit vs. Sicherheit

### 4.1 Das Sicherheitsdilemma nach John Herz

John Herz definierte das Sicherheitsdilemma als

„diejenige Sozialkonstellation, die sich ergibt, wenn Machteinheiten (wie z.B. Staaten und Nationen in ihren außenpolitischen Beziehungen) nebeneinander bestehen, ohne Normen unterworfen zu sein, die von einer höheren Stelle gesetzt wären und sie hindern würden, sich gegenseitig anzugreifen. In einem derartigen Zustand treibt ein aus gegenseitiger Furcht und gegenseitigem Misstrauen geborenes Unsicherheitsgefühl die Einheiten in einem Wettstreit um Macht dazu, ihrer Sicherheit halber immer mehr Macht anzuhäufen, ein Streben, das unerfüllbar bleibt, weil sich vollkommene Sicherheit nie erreichen lässt.“<sup>26</sup>

---

<sup>25</sup> Menzel (2001). S.17

<sup>26</sup> Herz, John H. (1950): Das Sicherheitsdilemma im Atomzeitalter. In: ders.: Weltpolitik im Atomzeitalter. Stuttgart: Kohlhammer. S.130f.

Staaten sind verunsichert über die Intentionen anderer Staaten und daher besteht Misstrauen gegenüber anderen und die Angst ständiger Bedrohung. Das Misstrauen führt zu Vorsichtsmaßnahmen, wie zum Beispiel dem Aufrüsten eines Staates. Ein anderer Staat fühlt sich durch dieses Aufrüsten bedroht und rüstet ebenfalls auf. Dadurch kommt es zum Wettrüsten, was dazu führt, dass sich die Sicherheit beider Staaten verschlechtert. Herz geht damit, im Gegensatz zu Kant von einer unveränderlichen Welt aus, in der die Sicherheit des Staates nur durch das Prinzip der Selbsthilfe gewährt werden kann. Herz baut somit auf den Grundsätzen des Realismus auf, der davon ausgeht, dass der Mensch nicht nur gut, sondern auch schlecht, nicht nur vernunftbegabt, sondern auch triebgesteuert ist und seiner Lernfähigkeit Grenzen gesetzt sind.<sup>27</sup>

## 4.2 Das Sicherheitsdilemma innerhalb des Staates

John Herz bezieht sich bei seinem Modell des Sicherheitsdilemmas ausschließlich auf Staaten. Es kann aber auch für die Analyse des Sicherheit-Freiheit-Dilemmas innerhalb von Staaten verwendet werden. Der Staat ist dazu verpflichtet, für seine BürgerInnen das größtmögliche Ausmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Dafür geben diese einen Teil ihrer Souveränität an den Staat ab. Dieser übernimmt nun die Aufgabe des Beschützers der StaatsbürgerInnen sowohl vor inneren und auch äußeren Gefahren. Der Staat hat daher die Möglichkeit bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, die er für notwendig erachtet um diese Rolle wahrnehmen zu können. Dabei unterliegt er jedoch den Menschenrechtserklärungen und internationalen Verträgen und Abkommen, die das Vorgehen in Krisen- und Kriegssituationen regeln.

## 4.3 Freiheit vs. Sicherheit in den USA

In den USA mussten die StaatsbürgerInnen bisher wenig an Souveränität abgeben. Es gibt kein staatliches Meldeamt, wie zum Beispiel in Österreich, sondern man muss sich nur registrieren lassen, um wählen gehen zu können, wobei der Prozentsatz der Wähler in den

---

<sup>27</sup> Vgl. Menzel (2001): S.20ff.

USA, ausgenommen für die Präsidentschaftswahl 2004, eher gering ist. Die BürgerInnen sind daher an weitreichende Freiheitsrechte gewährt und wollen diese nur sehr ungern abgeben. Dennoch erwarten sie vom Staat größtmögliche Sicherheit, ohne der Bereitschaft, ihre Freiheitsrechte dafür einschränken zu wollen.

Der USA Patriot Act soll dazu dienen, den US-amerikanischen BürgerInnen und dem Staat mehr Sicherheit vor drohenden Gefahren, vor allem terroristischer Art, im In- und Ausland beschützen. Er ist aber ein Gesetz, das die Bürgerrechte in großem Ausmaß beschneidet und wird daher oft kritisiert:

„Der U.S.A. Patriot Act, der vom Kongreß [!] beschlossen und von Bush sechs Wochen nach den Anschlägen unterzeichnet wurde, hat die Befugnisse dieser Regierung völlig verändert. Der Patriot Act erlaubt die Ausforschung von medizinischen und finanziellen Unterlagen, die Überwachung von E-Mails und Telefongesprächen, und sogar der Bücher, die Sie aus der Bibliothek ausleihen.“<sup>28</sup>

Mit Fahrenheit 9/11 versuchte Michael Moore die Bevölkerung auf die negativen Seiten des Patriot Act und vor allem der Bush-Regierung aufmerksam zu machen. Er beginnt mit der fragwürdigen Wahl Bushs zum Präsidenten im November 2000, dessen Sieg nur aufgrund der Freunde seines Vaters beim Obersten Gerichtshof und die Streichung der Wähler aus den Stimmregistern, die wahrscheinlich für Gore gestimmt hätten möglich war. Moore geht in seinen Schilderungen weiter zum 11. September 2001. Er macht sich weiters Gedanken über die Diskrepanz zwischen der Entscheidung, Mitglieder der Bin Laden Familie ohne vorherige Befragung aus dem Land ausreisen zu lassen, und dem konstanten Versuch der Bush-Administration, eine gesamte Nation unentwegt in Angst und Schrecken zu versetzen. Bush versuchte nach den Terroranschlägen zu verhindern, dass der Kongress eine eigene 9/11-Untersuchung startete. Nachdem ihm das nicht gelang, versuchte er die Bildung einer unabhängigen 9/11-Kommission zu boykottieren. Als dieser Versuch fehlschlug, erschwerte die Bush-Administration den Kommissionsmitgliedern ihre Arbeit und zensurierte schließlich 28 Seiten des Untersuchungsberichtes.<sup>29</sup>

Michael Moore kreierte der gesamten Bush-Administration, sowie allen Mitgliedern des Kongresses an, dass sie für den Patriot Act gestimmt haben, ohne ihn vorher gelesen zu haben. Seiner Meinung nach, dient dieses Gesetz vor allem zur Überwachung und

---

<sup>28</sup> Moore, Michael (2004): Fahrenheit 9/11. Das Buch. Alle Fakten. Alle Beweise. Alle Szenen. München, Piper Verlag.

<sup>29</sup> Vgl. Moore (2004): S.67

Einschüchterung der Bevölkerung, wie auch die fortwährende Senkung und Erhöhung der Terrorwarnstufe.

Es stellt sich aber vor allem die Frage, ob der Patriot Act mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vereinbar ist, die in Artikel 12, dass niemand unwillkürlichen Angriffen in sein Privatleben ausgesetzt sein darf. Die Bush-Regierung legitimiert die Sicherheitsgesetze durch die akute Terrorbedrohung. Sie wolle die BürgerInnen schützen und sei daher gezwungen gewisse Maßnahmen zu ergreifen, um das zu gewährleisten. Die Eingriffe in die Privatsphäre der BürgerInnen erfolge nicht willkürlich, sondern nur aufgrund des Verdachtes, die betreffende(n) Person(en) könnten Verbindungen zu Terrororganisationen haben. Die Geheimdienste können nur mit dieser Begründung, ohne richterliche Verfügung, praktisch jede/n, der/die sich in den USA befindet, abhören, bzw. private Unterlagen einsehen. Sie erhalten damit Freiheiten, die sie zuvor nicht hatten und schränken somit die Privatsphäre der US-amerikanischen BürgerInnen drastisch ein.

Damit bietet sich das Freiheit-Sicherheitsdilemma erneut. Die Regierung behauptet, sie können die BürgerInnen nur optimal beschützen, indem sie mit Hilfe des neuen Gesetzes an private Informationen kommt, die sie ansonsten nicht einsehen dürfte, wären sich die BürgerInnen in ihren Freiheits- und Menschenrechten eingeschränkt fühlen.

Es stellt sich somit die Frage, ob es keine Lösung gäbe, die BürgerInnen vor Gefahren zu beschützen und gleichzeitig keine Maßnahmen ergreifen zu müssen, die derart drastisch in die Privatsphäre der StaatsbürgerInnen eingreifen.

## 5. Amerikanisierung der Welt: Vorbild oder Feindbild?

Die USA können mit ihrer Sicherheitspolitik keinesfalls ein Vorbild für Europa bieten, weil sie sich schon in zentralen Fragen unterscheiden. Sie haben kein gleiches Weltbild und entfernen sich immer mehr voneinander. Die Europäer setzen vermehrt auf Diplomatie, während die USA verstärkt auf militärische Macht und Hegemonie vertrauen. Die USA und Europa haben weiters unterschiedliche Strategien, um mit Konflikten umzugehen. Die USA teilen die Welt in gut und schlecht – Freunde und Feinde und möchten dabei die Probleme als gelöst und die Bedrohungen als entfernt, wenn nötig mit militärischer Macht, sehen. Die Europäer haben unterdessen ein komplexeres Weltbild, indem sie auf Diplomatie, Verhandlungen und die Hilfe von internationalen Organisationen vertrauen. Ihre Rolle sehen



sie vor allem im peacekeeping und da sie nur ein sekundäres Ziel sind, weil sie als schwächer, verglichen mit den USA gelten, haben sie ein toleranteres Verständnis in Bezug auf Bedrohungen als die USA.<sup>30</sup>

Die USA stehen somit, nicht nur mit ihrer Sicherheitspolitik, mehr oder weniger allein da. Einerseits versuchen sie ihre BürgerInnen vor Bedrohungen zu schützen, aber andererseits unternehmen sie das in einer Art und Weise die für den Großteil ihre Bevölkerung und auch für die Mehrheit der Europäer unverständlich ist. Die Regierung greift mit ihren Maßnahmen zu weit in die Privatsphäre des/r Einzelnen ein und zwingt diesen dazu, mehr Souveränität als gewollt an den Staat abzugeben. Damit gewinnt Thomas Hobbes' Leviathan an erneuter Aktualität.

Die USA werden sich früher oder später die Frage stellen müssen, inwiefern sie ihre Sicherheitspolitik wieder lockern können und den BürgerInnen gleichzeitig Freiheiten und ausreichenden Schutz vor Bedrohungen bieten können.

---

<sup>30</sup> Vgl. Kagan, Robert (2002): Power and Weakness. In: Policy Review. <http://www.ceip.org/files/print/2002-06-02-policyreview.htm>. letzter Zugriff am 14.12.2003

## 6. Literaturverzeichnis

- Clarke, Richard A.(2004): Against All Enemies. Inside America's War on Terror. New York, Free Press
- Electronic Privacy Information Center: The USA Patriot Act.  
<http://www.epic.org/privacy/terrorism/usapatriot/> letzter Zugriff am 05.11.2004
- Herz, John (1950): Das Sicherheitsdilemma im Atomzeitalter. In: ders.: Weltpolitik im Atomzeitalter. Stuttgart, Kohlhammer.
- Hobbes, Thomas (2000): Leviathan. Stuttgart (erste Auflage 1651).
- Judis, John B.; Ackerman, Spencer (2003): The Selling of the Iraq War. The First Casualty. New Republic.  
<http://www.globalpolicy.org/security/issues/iraq/unmovic/2003/0630selling.htm>  
letzter Zugriff am 01.01.05
- Kagan, Robert (2002): Power and Weakness. In: Policy Review.  
<http://www.ceip.org/files/print/2002-06-02-policyreview.htm>.  
letzter Zugriff am 14.12.2003
- Kant, Immanuel (1788): Kritik der praktischen Vernunft. §7: Grundgesetz der praktischen Vernunft.  
<http://gutenberg.spiegel.de/kant/kritikpr/krt21001.htm> letzter Zugriff am 12.01.05
- Menzel, Ulrich (2001): Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Frankfurt, suhrkamp.
- Moore, Michael (2004): Fahrenheit 9/11. Das Buch. Alle Fakten. Alle Beweise. Alle Szenen. München, Piper Verlag.
- Randelzhofer, Albrecht Dr. (Hg.) (2004): Völkerrechtliche Verträge. München, dtv.

- Studio für alte deutsche Literatur. Aufklärung – Autoren – Immanuel Kant  
<http://www.ni.schule.de/~pohl/literatur/sadl/aufklaer/kant.htm> letzter Zugriff am 12.01.05
- The Coalition Information Centers: The Global War on Terrorism. The First 100 Days.  
<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/12/100dayreport.html#6>  
 letzter Zugriff am 07.01.2005
- The White House: Improving Homeland Security. <http://www.whitehouse.gov/homeland>.  
 letzter Zugriff am 26.10.2004
- The 9/11 Commission Report including Executive Summary. Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks upon the United States. (2004) Baton Rouge, LA, Claitor's Publishing Division
- U.S. Department of Justice. Federal Bureau of Investigation: Report to the National Commission on Terrorist Attacks upon the United States: The FBI's Counterterrorism Program. Since September 2001
- Wikipedia. Die freie Enzyklopädie. [http://de.wikipedia.org/wiki/American\\_way\\_of\\_life](http://de.wikipedia.org/wiki/American_way_of_life).  
 Letzter Zugriff am 07.02.2005
- <http://slate.msn.com/id/2087984> letzter Zugriff am 26.10.2004